

Wie die Politik mit ihrer Forderung nach „Integration“ gegen Sarrazin antritt und ihm doch recht gibt

Wir empfehlen eine Veranstaltung der AANO:

**Vortrag & Diskussion: „Integration“
Referent: Prof. Freerk Huisken (Universität Bremen)**

**Dienstag, 25. Januar 2011, 19 Uhr, Universität Hamburg,
Hauptgebäude, Edmund-Siemers-Allee 1, Hörsaal A
(evtl. Änderung des Orts beachten: siehe www.gegenargumente-hamburg.de)**

Seit der Botschaft von Thilo Sarrazin, dass Deutschland sich abschafft, wenn es arbeitslosen Muslimen erlaubt, mit Sozialhilfe zu überleben und auch noch Kinder zu haben; seit den Wahlsiegen von islam- und ausländerfeindlichen Parteien in den Niederlanden, Schweden und Österreich hat die Ausländerfrage wieder Hochkonjunktur. Für den geschassten Bankvordränger ist die Sache völlig klar: Die hier ansässigen Muslime untergraben mit ihrer Kultur und Religion die „deutsche Leitkultur“, weswegen sie das deutsche Feld wieder zu räumen haben. Sein brutales Rezept: Man mache diesen Elementen das Leben mit dem Entzug von Sozialleistungen so schwer, dass sie keinen Unterschied mehr zum Elend in ihrer Heimat entdecken und freiwillig gehen – polizeiliche Nachhilfe immer eingeschlossen.

Das sehen regierende und opponierende Parteien zunächst mal etwas anders: Ausländer, die „wir“ bei „uns“ leben lassen, haben „uns“ zu nützen. Die Zugereisten müssen sich als Diener „unseres“ Wohlstands bewähren. Nur wenn sie sich diesem Anspruch entziehen, dann sie gehören weg. Über diesen Anspruch herrscht eine ekelhafte Einigkeit zwischen allen Parteien des deutschen Parlaments. Daran ändert auch der Herrenmensch Sarrazin nichts.

Doch hat die Integrationsdebatte einige hübsche Fortschritte gemacht. Den demokratischen Volksparteien reicht es nicht mehr, wenn Ausländer oder die Millionen deutscher Landeskinder mit „Migrationshinter-

grund“ sich ans hiesige Recht halten und sich der Marktwirtschaft unterwerfen, dass sie sich um Arbeit bemühen, die Maßstäbe deutscher Lohnarbeit akzeptieren und sich dann mit Sozialalmsen zufrieden geben, wenn in deutscher Volkswirtschaft kein Platz für sie ist, dass sie ein Familienleben pflegen und den Feierabend in „geselliger Runde“ verbringen – alles wie ihre deutschen Mitbürger auch. Diese Integration ist deutscher Politik entschieden zu wenig. Sie fragt jetzt: „Passen sie sich unseren maßgeblichen Gebräuchen und unseren Werten so an, dass wir ihnen den Ausländer nicht mehr anmerken und sie früher oder später als Volksgenossen akzeptieren können?“ Sie werden mit Integrationsmaßstäben konfrontiert, die nicht nur ihre Nützlichkeit für deutsches Kapitalwachstum einfordern. Diese Menschen sollen vielmehr *das Ausländische* an sich tilgen! Nichts anderes als das meint Frau Merkel, wenn sie das Ende von Multi-Kulti verkündet.

Ein heftiges Programm wird da vorge stellt. Was haben die Migranten zu tun, um es „uns“ recht zu machen?

– Natürlich erst mal Deutsch lernen. Weswegen? Verständigungsprobleme ließen sich doch anders lösen. Um die geht es dabei ohnehin nur am Rande: Deutschsprechen ist ein erster Schritt in Richtung aufs Deutschtum! Deswegen ist es damit auch längst nicht getan.

– Damit sie zu „uns“ passen, müssen sie außerdem „unsere Werte“ übernehmen. Das steht fest; gar nicht fest steht, welche

Werte das sind. Was ist denn der „christlich-jüdische Wertekanon“, der so prächtig zu „uns“ passen soll; zu all den Deutschen, die eine Synagoge noch nie von innen gesehen haben und die Kirche allenfalls zu Weihnachten betreten?

– Bundespräsident Wulff hält dagegen: Er will Moslems nicht missionieren, sondern versucht sie zu weiterer Anpassung zu verführen, indem er zugibt, was ohnehin Fakt ist, dass der Islam zu Deutschland gehört. Da werden andere sofort hellhörig: Wird von ihm so etwas wie ein eingedeutscher Islam, mit deutschen Mullahs, deutschen Islamgelehrten und deutschsprachiger Religionsausübung eingefordert? Wo doch der Islam ganz prinzipiell nicht „zu uns“ passt?

Immer stehen mit diesem neuen Programm folgende Fragen im öffentlichen Raum: Kann einer überhaupt deutsch werden, wenn er es nicht schon ist? Welche kulturelle Ausstattung sollen sich die Migranten denn genau zulegen, um als Eingedeutschte durchzugehen? Und erregt nicht gerade demonstrative Anpassung an deutsche Lebensart den Verdacht, dass doch wieder nur *Berechnung* dahinter steht? Fest steht nur eines: dass „wir“ Integration von den Migranten verlangen können, weil „wir“ das Volk sind, in das die rein sollen. „Wir Deutschen“ bestehen gemeinsam darauf, dass die Einwanderer zu „uns“ passen müssen; wengleich „wir“ gar keine gemeinsame Vorstellung davon haben, was das für die Migranten heißen soll. Das macht aber nichts!

Der Vortrag will erklären, worin die unerfüllbare Endlos-Forderung nach Integration ihren Grund hat; warum sie zugleich lächerlich und bitter ernst ist; aus welchem Konflikt staatlicher Gesichtspunkte der nationalen Ausländerpolitik sie hervorgeht und weshalb sie letztlich von Sarrazins Anliegen so weit gar nicht entfernt ist.

*Diskussionstermine.....Seite 2
Hartz-IV-Theorie.....Seite 2
Wikileaks.....Seite 4*

Ökonomie-Nobelpreis 2010

„Die Theorie zu den Hartz-Reformen“ (SZ 12.10.2010)

Ein bemerkenswerter Fortschritt des ökonomischen Denkens erhielt, wie wir dem Urteil der Sachverständigen der Süddeutschen Zeitung (SZ vom 12.10.2010) entnehmen dürfen, im letzten Herbst vollkommen zu Recht die große Auszeichnung. Drei Forscher korrigieren da nämlich fundamentale Einsichten der Volkswirtschaftslehre über „den Markt“. Bis neulich noch ging die Fachwelt von Folgendem aus: *„Käufer und Verkäufer finden sich nach der klassischen Sichtweise des Marktes sofort und haben vollkommene Informationen über die Preise aller Güter und Dienstleistungen“* (alle Zitate SZ, ebd.). Eine prima Einrichtung, dieser Markt, nach dem unsere Wirtschaft heißt: Es gibt ihn, damit Käufer und Verkäufer sich finden, und weil auf ihm nichts anderes regiert als ein ungezwungenes Spiel der Kräfte, nennt sich diese Wirtschaft auch eine *freie* Marktwirtschaft. Dieses gleichermaßen in freiheitlich-moralischer wie in funktioneller Hinsicht befriedigende Leistungsattest hat sich als gültiges Urteil über 150 Jahre hindurch gut bewährt, und es wird auch durch den kleinen Mangel nicht erschüttert, den die jüngere Forschung offengelegt hat: *„Dies entspricht aber nicht dem, was in der realen Welt geschieht“*, heißt es da kritisch. Aber diese Kritik heißt eben überhaupt nicht, dass man sich die Geschehnisse der realen Welt nicht doch nach Maßgabe der idealen Prinzipien zurechtzulegen hätte, die sich die klassischen Modellbildner ausgedacht haben. Eisern halten die drei geehrten Forscher an dem Dogma fest, dass der Markt für nichts als fürs Zusammenkommen von Angebot und Nachfrage da ist – sie verlängern es nur mit der äußerst wertvollen Einsicht, dass sich die Realisierung des feinen Zwecks bisweilen schon mal hinzieht: *„Die Wissenschaftler erhielten die (...) Auszeichnung für ihre Forschungen über Märkte, auf denen es längere Zeit dauert, bis Angebot und Nachfrage zusammenkommen, sogenannte ‚Suchmärkte‘.“* Soweit in dem Fall zu den Objekten der Preisverleihung.

Auf diesen gedanklichen Durchbruch scheint die Fachwelt lange gewartet zu haben. Den Wirtschaftsredakteuren der

Zeitungen und den Sachverständigen, die sie zu Wort kommen lassen, eröffnen sich jedenfalls augenblicklich neue gedankliche Perspektiven – auf die vielen Arbeitslosen z. B., die es in einer freien Marktwirtschaft nun einmal gibt. Denen ist nach den neuen Erkenntnissen der Wissenschaft ihr Lebensmittel überhaupt nicht deswegen abhanden gekommen, weil nach ihren nützlichen Diensten kein Bedarf besteht. Nein, sie sind so blöd dran, weil sie mit ihrem Angebot an Arbeit den Nachfrager bloß noch nicht gefunden haben, der danach sucht: Ihr Elend ist nur eine Frage der Zeit, die es dauert, bis alle den Wohlstand aller garantierenden Marktmechanismen so funktionieren, wie sie sollen. Bis es so weit ist, kann man dazu auch sagen, dass die *„Arbeitsmärkte ineffizient sind“*, und das sind sie im Lichte der neueren Forschung genau dann, wenn *„Arbeitslose immer nach dem*

nächstbesseren Job suchen, den es nicht gibt, und Unternehmen nach dem nächstbesseren Arbeitnehmer, den es ebenfalls nicht gibt“. Da wird von den Beteiligten also verkannt, dass der Arbeitsmarkt ein Suchmarkt ist, also ein Markt, auf dem man etwas sucht, was es auch geben muss, weil man sonst ja nie etwas findet. Und

Kritik und Anregungen an:

www.gegenargumente-hamburg.de
(Kontaktformular)

wenn das leidige Schicksal der Arbeitslosen wissenschaftlich betrachtet ganz daran hängt, dass Anbieter und Nachfrager einander richtig suchen, hilft beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nur eines: *„den Suchprozess zu optimieren“*.

Dazu verhilft eine von kundiger Hand, über die SZ-Redakteure selbstverständlich verfügen, vorgenommene *„praktische Anwendung der Theorie“*, denn die führt zu folgender Erkenntnis: *„Je transparenter der Arbeitsmarkt ist, desto eher können Arbeitgeber und Arbeitnehmer die unnötige Suche nach dem Nächstbesten aufgeben.“*

Das rückt auch manch leidige Phänomene, die diese unnötige Suche von Arbeitnehmern nach ihrem nächstbesten Arbeitsplatz begleiten, in ein anderes Licht. Das Arbeitslosengeld z. B., das sie mangels Lohn erhalten, *„kann man als Subvention des Suchprozesses deuten“*, und deutet man es derart, stellt sich ein Teilergebnis sofort heraus: *„Wird zu viel gezahlt, dauert die Suche unnötig lange“*, freilich gilt auch: *„Fällt die Unterstützung zu niedrig aus, nutzen die Arbeitgeber ihre Marktmacht und stellen Mitarbeiter zu Löhnen ein, die nicht deren Produktivität entsprechen.“*

Noch eine weitere Entdeckung der Wissenschaft kündigt sich da an: Hat man einmal begriffen, wie auf einem freien Suchmarkt die Gesetze funktionieren, ist nicht nur klar, dass auf diesem speziellen Markt der Suche nach Arbeit nur die fürsorgliche Instanz des Staates dafür sorgen kann, dass die Kurven von Angebot und Nachfrage sich für jeden Arbeitslosen an genau der richtigen Stelle schneiden. Man weiß auch, dass der Staat bei der Freisetzung der freien Marktkräfte viel richtig zu machen hat, und es stellt sich →

Öffentliche Diskussionstermine

zu aktuellen Themen und
Beiträgen im GEGENSTANDPUNKT
und zu allem, was Imperialismus
und Kapitalismus sonst noch auf
die Tagesordnung setzen

**Werkhof, Gaußstraße 25
(Ecke Nernstweg)
jeweils dienstags, 19.30 Uhr**

Die nächsten Termine:

**8. Februar
1. März
12. April
24. Mai
28. Juni**

Jeweilige Themen und weitere
Informationen unter:

www.gegenargumente-hamburg.de

heraus – das tut er glatt: „Durch eine Politik des Förderns und Forderns, aber auch durch eine effizientere, Suchkosten reduzierende Arbeitsvermittlung kann die Dauer der Arbeitslosigkeit verkürzt werden. Darum geht es bei Hartz IV. Leistungsausweitungen führen letztlich zur Verlängerung der Arbeitslosigkeit.“

Für den Fortschritt der Theorie von der Freiheit des Marktes sowie für den Fortschritt der Praxis, die diese Freiheit herstellt, haben wir so ein äußerst zufriedenstellendes Forschungsergebnis vor uns.

Was die Praxis betrifft: Ganz ohne Theorie, einfach nur mit ihrem untrüglichen Sinn fürs Notwendige machen sich Politiker an praktische Reformen, die den vielen Arbeitslosen die Suche nach Erwerbsmöglichkeiten abnehmen, von denen sie leben könnten. Weil es die nächstbesseren nach denen, die sie verloren haben, nicht gibt, ist es auch unnötig, nach denen zu su-

chen. Das wird den Betroffenen nicht unständig theoretisch, sondern unmittelbar praktisch mit dem Rechtsweg erklärt, den sie ab sofort bei ihrer Arbeitssuche zu beschreiten haben: Sie sind gefordert, nach der nächstbesten Beschäftigung zu suchen, von der sie nicht leben können. In Bezug auf den Lohn, der ihrer nicht nachgefragten Produktivität entspricht, sorgt das nicht nur für Transparenz, es erzwingt auch die nötige Akzeptanz: Man fördert sie zu dem Zweck, von jedem Lohn leben zu müssen und stockt ihn, wenn nötig, auf die mit Hartz festgesetzte Minimalgrenze auf.

Und was die Theorie betrifft: Ganz ohne Befassung mit dieser Praxis, die auf dem freien Arbeitsmarkt für den Fortschritt sorgt, kümmert sich die Wissenschaft um ihren eigenen. In dem Fall eben um den eines Modells, wie auf Suchmärkten für Effizienz gesorgt werden könnte. Als ob die „invisible hand“ nicht nur die freie

Marktwirtschaft, sondern auch noch das Nachdenken über sie regierte, kommen so auf zauberhafte Weise in der Praxis Gesetze zustande, die Armut dekretieren, und in der Wissenschaft solche, die mit denen der Praxis absolut nichts zu schaf-

GEGENSTANDPUNKT im Internet:
www.gegenstandpunkt.com

fen haben, ihnen aber gleichwohl den allerbesten, weil unbestechlich sachlich ermittelten Grund attestieren. Hartz I bis IV – das ist, wie man jetzt sieht, auch der nobelpreiswürdigen Weisheit letzter Schluss, denn: „All dies lässt sich mit der Theorie begründen.“

Diesen Triumph der Wahrheitsfindung lässt sich die schwedische Reichsbank auch in Zeiten der Krise gerne etwas kosten.

Das FORUM GEGENARGUMENTE (AANO) lädt ein zur Diskussion Wikileaks: Enthüllung statt Aufklärung

Eines muss man Wikileaks-Gründer Julian Assange lassen: „Den Mächtigen in die Suppe zu spucken“, ist ihm zweifelsohne gelungen. Die Veröffentlichung der internen Einschätzungen führender europäischer Politiker wie Merkel, Westerwelle, Putin, die die US-Diplomaten zum Hausgebrauch ins State Department gekabelt haben, hat Irritationen hervorgerufen und Betreuungsbedarf geschaffen. Da musste Außenministerin Clinton zum Telefon greifen und in persönlichen Gesprächen die Wogen glätten: junge Mitarbeiter, „unvollständige Informationen“, die nicht „zwangsläufig Einfluss auf politische Entscheidungen“ haben etc.

Bloß: Was ist denn aufgeklärt, wenn die Welt erfährt, dass US-Diplomaten Merkel für eine „Teflonpfanne“ halten, Westerwelle für „aggressiv“, Putin für einen „Alpha-Rüden“...? Mit den Worten des „Spiegel“, der in Deutschland die heißen Dokumente veröffentlichen durfte: „Sie verraten, wie die Weltmacht wirklich

über Freund und Feind denkt.“ Na ja ... Um über den Kontrast von offiziell bekundetem Respekt und offenherzig respektlosen Einschätzungen zu erschauern, muss man die Höflichkeiten des diplomatischen Parketts schon so ernst nehmen, wie es kein mit den weltweiten Machenschaften des „Weltpolizisten“ USA vertrauter „Spiegel“-Journalist je machen würde.

Warum dann die ganze Aufregung? Das wäre erst noch aufzuklären, erklärt sich also durch die Dateien keineswegs von allein.

Aber wie steht es mit der „riesigen Menge Geheimmaterial über den Krieg in Afghanistan“? Julian Assange erläutert im „Spiegel“-Interview:

„Das Material wirft ein Schlaglicht auf die alltägliche Brutalität und das Elend des Krieges. Es wird die öffentliche Meinung verändern...den politischen Willen beeinflussen.“

Es wird schon so sein, dass die USA mächtig sauer über die undichten

„leaks“ sind. Eine kriegführende Macht, die viel Wert auf eine gelenkte Berichterstattung legt, kann es nicht leiden, wenn das Bild der *guten und erfolgreichen* Kriegführung beschädigt wird.

Bloß weiß schon der Volksmund, dass im Krieg zuerst die Wahrheit stirbt, die Enthüllungen also auch nur ein Bild beschädigen, an das eh keiner glaubt. Es ist schon etwas albern, der weltweit Kriege führenden Macht einerseits jede Schweinerei zuzutrauen und andererseits auf die läuternde Macht der veröffentlichten Bilder zu setzen. Es ist nicht gerade aufklärerisch, die Kriege einer Weltmacht an der Einhaltung von Gesetzen und höheren Werten zu messen.

Oder wollte Assange wirklich nur „den Mächtigen in die Suppe spucken“?: „Diese Arbeit macht mir wirklich Spaß.“...

Viel aufzuklären also über Diplomatie, die USA, die Rolle des investigativen Journalismus und die Debatte um die Berechtigung von Geheimnissen.

Zeit: Mittwoch, 12. Januar 2011, 18.30 Uhr • Ort: Universität Hamburg, Institut für Politikwissenschaft (Pferdestall), Allende-Platz 1, Raum 104

Neu im Buchhandel



Aus dem Inhalt:

Nationalismus global Der Ausländer und das Problem, das er darstellt

Überall gibt es Ärger mit den Ausländern – mehr als lange üblich: In Deutschland, Österreich, den USA (dazu die Artikel in GegenStandpunkt 4-10), in Frankreich, das rumänische Roma deportiert, in England, wo eine British National Party Streiks gegen die Beschäftigung osteuropäischer EU-Bürger organisiert; in einer ganzen Reihe weiterer EU-Staaten, wo ausländerfeindliche Parteien Wahlen gewinnen. Immer wieder und immer massiver stören sich politische Parteien und Regierungen am Vorhandensein, an der Zahl oder der Verfassung von Bevölkerungsteilen, die als nicht dazugehörig identifiziert und vom Hauptvolk abgegrenzt werden. Diese Ab- und Ausgrenzung lebt von der Scheidung zwischen zwei Sorten von Menschen, welche niemand anderer als die Staatsmacht in die Welt setzt: Zwischen solchen, die zu ihr gehören, ganz und gar ihrer exklusiven hoheitlichen Gewalt unterworfen sind, also nicht umhinkommen, ihre Ansprüche zu bedienen – sie genießen als Inländer das interessante Recht, im Bereich dieser Hoheit leben zu dürfen. Und all denjenigen, die anderen Staaten angehören und im Land nichts verloren haben, es sei denn, der Staat hat besondere

Gründe, ihnen den Aufenthalt dennoch zu gestatten – weil und solange die Fremden ihm von Nutzen sind. Ob und wann sie stören, hängt also auch nicht von ihnen ab.

*

Thilo Sarrazins großer Wurf „Deutschland, erwache!“ – reloaded 2010

Das Buch wird zum Bestseller, der nicht nur großen Teilen des Volkes aus dem Herzen spricht. Auch den politisch Verantwortlichen im Land bietet er die gern ergriffene Gelegenheit, den wahren Gehalt ihrer Verantwortlichkeit zur Sprache zu bringen und auch, wie sie praktisch der „Problematik“ zu begegnen gedenken, die der Autor ausbreitet. Der meinungsbildenden demokratischen Öffentlichkeit gibt er gleichfalls viel zu denken. Nach ausgiebiger Prüfung tendiert sie überwiegend dazu, einem mutigen Tabubrecher Anerkennung entweder wegen seines Mutes zu zollen, einmal gesagt zu haben, was Sache ist in Deutschland. Oder deswegen, weil seinetwegen endlich eine „Diskussion“ in Gang gekommen ist, in der diese Sache im Zentrum steht. Der GegenStandpunkt behandelt das Buch und die Debatte.

*

Der Kampf um „Stuttgart 21“: Ein Bahnhof wird zur Staatsaffäre! Ein demokratischer Dialog in 5 Akten

Baden-Württembergs Regierung besteht auf dem Neubau eines Durchgangsbahnhofs unter der Erde, ein Teil der Bevölkerung will den alten Kopfbahnhof behalten. „S 21“ oder „K 21“: Darüber geraten Staat und Volk ungewöhnlich heftig aneinander. Beide Seiten werden prinzipiell: Die Kanzlerin erhebt den Ausgang zum Test, ob man „in Deutschland Großprojekte durchbringen kann“, und auch die Kritiker erklären, es gehe um die „Zukunft des Landes und der Demokratie“. Die Obrigkeit richtet Wasserwerfer auf ihre Bürger; der Protest sieht sich in seiner Empörung über „bürgerferne Politik“ bestärkt. Der gerufene „Mediator“ Geißler spricht von einem „unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Befür-

wortern und Gegnern“ und empfiehlt zur Schlichtung sein Modell „Stuttgart 21 PLUS“. Und die Öffentlichkeit macht sich Sorgen um eine grundsätzliche „Entzweiung“ zwischen Politik und Bürgern...

*

Die Nazis passen nicht zu Deutschland – ihre Parolen schon

Neonazis marschieren mal wieder auf. Antifaschisten demonstrieren dagegen, dass die Rechtsradikalen undemokratische, ausländerfeindliche, rassistische oder nationalistische Parolen grölen: „Ausländer raus!“, „Volksgemeinschaft statt Globalisierung!“ oder „Arbeitsplätze für Deutsche!“ Sie finden das öffentliche Auftreten von Neonazis mindestens *unwürdig* für Stadt und Land. Ein „brauner Aufmarsch“ hätte in München, Dresden oder Hamburg nichts verloren, er würde zu dem demokratischen Deutschland von heute nicht *passen*, weshalb kritische Bürger den Nazis ein „buntes Bündnis“ entgegenstellen. Nur: Haben sie sich eigentlich schon mal ernsthaft gefragt, *was da nicht* passen soll? Haben sie sich wirklich schon mal Rechenschaft darüber abgelegt, was an dem politischen Programm von Rechtsradikalen, denen die „rote Karte“ gezeigt werden soll, so grundsätzlich *unverträglich* mit dem offiziellen deutschen Staatsprogramm der Regierung Merkel sein soll?

ISSN 0941-5831 · 120 Seiten · 15 Euro
GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Augustenstr. 24,
80333 München, www.gegenstandpunkt.com
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de
Tel. 089/27 21 604, Fax 089/27 21 605

In Hamburg ist der GEGENSTANDPUNKT in folgenden Buchläden erhältlich:

Heinrich Heine Buchhandlung, Grindelallee 26 · Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55 · Mühlenkamper Bücherstube, Peter-Marquart-Str. 11 · Buchhandlung Kurt Heymann, Eppendorfer Baum 27, Hudtwalckerstr. 35 und Osterstr. 134 · Buchhandlung Axel Lüders, Heußweg 33 · Comic-Laden Kollektiv, Fruchttalallee 130 · Alice im Bücherland, Eppendorfer Weg 103 · sowie bei Stilke an den Fernbahnhöfen und am Flughafen

V.i.S.d.P.: H. Schuller, Hohenesch 56, 22765 Hamburg